

Verkauf der dänischen Antillen.

Washington, 25. Juli. Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Vereinigten Staaten 2 dänisch Westindien für fünf Millionen Dollar Sterling gekauft haben, das sind 100 Millionen Mark.



Abänderung der Preisordnung.

Berlin, 25. Juli. (W. T. S.) Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung vom 22. Juli betreffend Abänderung der Preisordnung vom 1. September 1900, wonach in weiterer Veranlassung der von England und den Vereinigten Staaten abweichend von der Londoner Erklärung über das Seefriedensrecht vom 26. Februar 1909 getroffenen Bestimmungen für den gegenwärtigen Krieg Abänderungen der Preisordnung und ihrer Sätze bestimmt werden.

Berlin, 26. Juli. Die Abänderung der deutschen Preisordnung bedeutet für unsere Unterseeboot-Dandelskriegführung im wesentlichen eine Vereinfachung des Verfahrens. Über die Neuerungen wird weiter berichtet: Die neue Preisordnung stellt Grundätze auf, die den deutschen Seeherrn angepaßt sind und gleichzeitig als Vergeltungsmäßregeln gegen England zu betrachten sind. Darin wird zunächst der Begriff der absoluten Kriegsunterhandlung wesentlich erweitert. In 30 Punkten wird im einzelnen aufgeführt, was als Kriegsunterhandlung anzusehen ist. Auch der Begriff der relativen Kriegsunterhandlung hat eine Erweiterung erfahren. Endlich sind die Voraussetzungen über den Begriff der feindlichen Bestimmung abgeändert worden. So ist die feindliche Bestimmung ohne weiteres als vorliegend anzusehen, wenn die Ware zur Abholung in einem feindlichen Hafen oder zur Abholung an die feindliche Streitmacht bestimmt ist, ebenso aber auch, wenn das Schiff nur feindliche Häfen anlaufen soll, oder wenn es einen feindlichen Hafen berühren und zur feindlichen Streitmacht fahren soll, bevor es den neutralen Hafen erreicht, wobei die Ware bestimmt ist, ohne Rücksicht auf den Bestimmungsort des Schiffes. Die feindliche Bestimmung ist anzunehmen, wenn die Sendung unmittelbar oder mittelbar an eine feindliche Behörde oder den Agenten einer solchen gerichtet ist sowie ferner an Ober oder an einen aus dem Schiffspatente nicht ersichtlichen Empfänger oder unmittelbar an eine Person, die sich im feindlichen und vom Reiche beherrschten Gebiet aufhält, oder während des gegenwärtigen Krieges Kontore in dem feindlichen Gebiet oder an eine feindliche Behörde gerichtet hat.

England diktiert Holland!

London, 25. Juli. Die englische Regierung läßt melden: Der Umfang der Milchlieferungen durch die holländische Milchindustrie nach Deutschland hat bereits vor einiger Zeit einen Aufwärtstrend der britischen Regierung genötigt. Der britischen Regierung ist gut bekannt, daß ungeachtet neunzig Prozent der Heringe und ein beträchtlicher Teil der anderen Fische, die durch holländische Fischereifahrzeuge gefangen worden sind, direkt an die deutschen Einfuhrverläufe werden. Die britische Regierung hat es daher für notwendig gefunden, eine Anzahl holländischer Fischereifahrer zum Abbruch zu bringen und eine größere Zahl wegen Fisches in verbotenen Gewässern festzuhalten — eine Praxis, die von holländischen Fischern trotz Warnungen auch von ihrer eigenen Regierung beharrlich angewandt wird. Die britische Regierung erkennt an, daß diese Maßnahmen einige Härten enthalten. Sie hat deshalb ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, mit Vertretern der holländischen Fischereiersteller wegen Erleichterung der Sache sich zu beschreiben.

Nach einer dringlichen Meldung wurden durch die von England angeordnete Stilllegung der niederländischen Seeringerei 12.000 Menschen brotlos werden. Amsterdam, 25. Juli. Das Organ des Staatsministers Dr. van der Stoep, heißt in einem Leitartikel die Frage, ob England die Pflicht habe, Holland in dieselbe Lage zu bringen, wie Griechenland. Es trete immer mehr zu Tage, daß England keine Blodade, wenn sein Vorteil es gerade noch lange, so einrichte, daß auch die Neutralen mit hungern müssen. Ohne den geringsten Schein von Recht habe England gegen die niederländische Fischerei auf der Nordsee Maßregeln ergriffen, die diesen Vertriebenen schaden und Holland eines Wohlstandsmittels berauben. Viel länger sei aber noch das laufende Anrecht, die ganze holländische Seeringerei gegen ein Entgelt stillzulegen zu lassen. So weit sei es bereits mit Englands Genehmigung für die kleinen Staaten gekommen, daß es wage, von den Holländern zu verlangen, daß sie ihr Recht um ein paar Silberlinge preisgeben. Man muß sich auf empören, schreibt das Blatt, daß dies nicht der erste und noch

weniger der letzte Schritt auf dem Wege zur Verneinung des holländischen Volkes ist. Wenn wir nicht auf kräftige Weise gegen, das wir unter Recht haben wollen, so wird die Anklage Englands immer größer werden, und wir werden in die Lage von Weichen geraten, die die Hand fassen, die sie auf schmachtvolle Weise gefaßt hat. Das Leben ist wichtiger als der Ehrgeiz und die Ehre wichtiger als das Leben. Deshalb stellen wir mit Nachdruck die Frage, welche der einen oder anderen Partei gestellt hat: „Was wird die Regierung tun?“

Amtlich am 25. Juli. Die Deutsche Regierung erklärt, daß die deutsche Schiffsbesatzung für die niederländische Regierung von den Engländern zurückgehalten werden.

Unterseeboot gegen Flugzeug. Berlin, 25. Juli. Amtlich. Am 24. Juli nachmittags wurde nördlich Nebrügge ein englischer Doppeldecker von einem unserer Unterseeboote abgegriffen und nach Niedersee auf das Wasser ausgeworfen. Die Insassen, zwei Offiziere, wurden von einem unserer Flugzeuge gefangen genommen. Hierauf mitfand ihrem Flugzeug ein Boot eines Torpedoboots besetzt und nach Nebrügge eingezogen.

Die Schiffsbesatzung in Portugal. Die Neue Zür. Zig. meldet die vorläufige Regierung hat 63 der 100 Schiffsbesatzungen abnehmen und sie mit portugiesischen Mann besetzen.

Das Gold der Appam als Wente erklärt. Die Mäde hatte feinerzeit bei ihrer erfolglosen Fahrt auf dem englischen Schiffe Appam eine Ladung Gold erbeutet. Dieses Gold war bisher bei der Reichsbank aufbewahrt worden, ohne ihrem Goldbesitzer zuzurechnen zu werden. Das Urteil des deutschen Reichsgerichtes, das nunmehr auf Einlegung der englischen Appam eine Ladung erklärt. Die Reichsbank hat infolgedessen das beschlagnahmte Gold in Höhe von rund 730.000 Mark angekauft und ihren Kassen zugeführt.

Aus Irland. Wie über Holland gemeldet wird, ist die Spaltung im Lager der irischen Nationalisten endgültig vollzogen. Unter Ginnels Leitung bildet sich eine neue völlig unüberhörliche Frontpartei. Eine große irische Volksversammlung in Belfast hat beschlossen, jeden irischen Abgeordneten, der für den Home-Rule-Vertrag des Lords stimmt, als einen Verräter an der irischen Sache zu erklären.

Amerika und Polen. New York, 24. Juli. Ausbruch des Streites von B. F. Die Presse erzählt aus Washington: Präsident Wilson wird wahrscheinlich an den Königen von England, den Präsidenten von Frankreich und an die Kaiser von Deutschland und Japan Sandbriefe senden, in denen sie gebeten werden, auf Grund des Lebensmittels von Amerika auf die hungere Bevölkerung von Polen geschickt werden. Wilson hat das Staatsdepartement gebeten, ihm den besten einschlägigen Weg anzugeben.

Friedensgebete in Dänemark.

Kopenhagen, 25. Juli. Das kirchliche Oberhaupt, Bischof Christen, forderte die dänische Öffentlichkeit auf, beim Gottesdienst am kommenden Sonntag im Gebete dem Schönen der Menschheit nach Frieden auf Erden ein Andacht zu geben, und einen besondern Friedensgesang singen zu lassen.

Politische Uebersicht.

Friedensfundgebungen am 1. August.

Das Berliner Tageblatt schreibt: Der Reichstag hat in einem Brief die Frage aufgeworfen, ob nicht die von Nationalvereinen für den 1. August geplanten Versammlungen, wasser auf die Wäule unserer Feinde liefern würden — wenn der Plan nicht inzwischen aufgegeben sei. Aus führenden Kreisen des Nationalvereinswesens wird uns dazu berichtet, daß natürlich niemand daran denken würde, die geplanten Versammlungen in letzter Stunde abzubrechen. Wer nur das bürgerliche Objektivität besitze, den Versuch der Versammlungen und die anschließenden programmatischen Erklärungen abzuwarten, werde sich überzeugen, daß die feierlichen „Bestimmungen“ der Reichstag nicht überfordert seien.

Uldwärtige Kriegsziele.

In der Deutschen Tageszeitung läßt sich Graf Reventlow wieder einmal über seine und seiner Freunde Kriegsziele äußern; besonders Nachdruck legt er dabei auf das künftige Schicksal Belgiens. Die „Garantien“, die er fordert, müssen „im machtpolitischen und wirtschaftspolitischen Sinne von Grund aus real sein“. Systematische Vereinbarungen und „gegenwärtige Antisystematiken“ werden abgelehnt.

„An Belgen dürfte man sich ... ganz außerordentlich in der Annahme täuschen, daß das deutsche Volk, soweit es imstande ist, politische und nationale Realitäten zu begreifen, auch nur einen Augenblick daran denken könnte, diese in und nach dem Westen liegende Lebensfrage des Deutschen Reiches und Völker zu vernachlässigen. Jede Solche Art wäre eine Verneinung und ebenso jede Politik, welche diese Frage nicht als wirkliche deutsche Lebensfrage behandelte, oder aber sich durch Phantasmen und Doktrinen über das Wesen tatsächlich realer Garantie verführen ließe, oder sich mit mehr oder minder blinder Selbst darüber täuschte.“

Und etwas später:

„Was über die Wiederherstellung des belgischen Staates“ geredet wird, hat uns nicht zu interessieren. Der belgische Staat, ein künstliches und unheilvolles Gebilde, ist in sich, hat nachdrücklich genug gezeigt, daß er auch in diesem Kriege nicht die Garantien geben konnte, deren Leistung die Voraussetzung seiner Existenzberechtigung war. Eine belgische Nation hat es nie gegeben und gibt es nicht.“

Welche Garantien aber Revention allein als „real“ gelten lassen will, ist ebenfalls nicht mehr als ein Wort mit seinen Freunden. Deren, die sich, ohne Einschränkung, verpflichten. Das „deutsche Volk“, das er bei diesem Plan hinter sich haben will, besteht dann gewiß aber nicht in seiner Phantastie.

Ueberleitung in die Friedenswirtschaft.

Einer Nachrichtenstelle zufolge liegt den Bundesregierungen gegenwärtig der Entwurf einer Bundesratsverordnung zur Beauftragung vor, durch die eine Zentralstelle ins Leben gerufen werden soll für die Ueberleitung unseres Wirtschaftslivens aus dem Kriegszustand in den Friedenszustand. Es handelt sich dabei in erster Linie um den Beschaffung aller für unsere Industrie notwendigen Rohstoffe und um die damit im Zusammenhang stehenden Fragen des Schiffsraums und der Valuta. An der Spitze der Zentralstelle soll ein Reichskommissar für Uebernahmewirtschaft stehen. Die Ueberleitung des Wirtschaftslivens des Jahres am Kriegszustand Gegenstand von Erörterungen in der Kommission für Handel und Gewerbe gewesen. Anlaß dazu gab eine Petition des Verbandes sächsischer Industrieller, die verschiedene Maßnahmen für die Beschaffung ausreichender Rohstoffe und für den Schutz der heimischen Erzeugung gegen die Auslandskonkurrenz in Vorschlag brachte.

Unterstützung der Arbeitslosen in der Schuhindustrie.

Berlin, 26. Juli. Amtlich. Durch die Verordnung des Bundesrats, betreffend die Einschränkung der Arbeitszeit in der Schuhindustrie, in denen Schuhwerken hergestellt werden, ist für die Schuhindustrie eine ähnliche Lage geschaffen wie für die Textilindustrie, für die ähnliche Einschränkungen der Arbeitszeit angeordnet sind. In der Annahme, daß zufolge der Arbeitszeiteinschränkungen in der Schuhindustrie eine Erwerbslosenfrage in größerem Umfang notwendig werden wird, hat der Bundesrat am 24. Juli 1916 beschlossen, daß vom 1. August 1916 ab von dem Gemeindefiskus der Gemeinde oder Gemeindeverbände für eine Kürzung, die für Arbeiter, Angestellte und Gewerbetreibende der unter die Befreiung vom 14. Juni 1916 fallenden Betriebe eingeschrieben sind, auf das Reich die Hälfte übernommen wird. Auf diese Weise können die Gemeinden und Gemeindeverbände, die sich an der Erwerbslosenfrage Kenntnis zu geben und darauf hinzuwirken, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände sich der Unterstützungsberechtigten annehmen. In Fällen, in denen Angehörige desselben Betriebes in mehreren Gemeinden gezerrt wohnen, werden die Gemeindeverbände zweckmäßig die Einrichtung der Erwerbslosenfrage in die Hand zu nehmen haben, damit die Unterstützung für alle Arbeitslosen in gleichem Maße erfolgt. Die von den Unternehmern und Arbeitern empfohlenen Unterstützungsmaßregeln sind als Anhalt dienen können.

Der Wode-Erlass des preussischen Kultusministers.

In dem Kampf gegen die Auswüchse der Mode hat jetzt auch der preussische Kultusminister mit einem Erlass eingegriffen. In diesem Dokument wird u. a. gesagt:

„Zur Förderung der Bekleidungen des Kriegsmilitärs, die weitere Ausbreitung der neuen Mode mit ihrem erhöhten Stoffverbrauch einzuhalten, ersuchen wir einen jeden in den Schulen des Landesgeheimrats als zweckmäßig, wenn in allen Schulen der weiblichen Jugend eindringliche Belehrungen über die schädlichen Wirkungen dieser Mode in wirtschaftlicher und nationaler Beziehung erteilt werden. Die Ausführungen haben von der Betrachtung auszugehen, daß die Mode in dem neuen den Stoffverbrauch gegen unschätzbaren Wirtschaftsschaden die Unterbrechung der Zufuhr aller zu den Bedürfnissen des Lebens erforderlichen Rohstoffe aus dem Ausland betreiben. In diesen Rohstoffen gebären auch die für das Volkswirtschaftswesen. Wenn es nun auch nicht zweifelhaft ist, daß der Verkauf der Einfuhr von Gewerbetreibenden ein erheblicher Teil nicht vermindern kann, da die Rohstoffe und im Ausland gewonnenen Rohstoffe sowie die aus ihnen bereits erzeugten Warenmengen den bestehenden Bedarf ausreichen werden, so ist andererseits doch ein sparsameres Umgehen mit den Rohstoffen geboten. Diesen Erfordernissen entspricht die bestehende Mode nicht.“

Die Militärschulen haben sich in ihrem Kampf gegen die Mode nicht gerade Vorbehalten, und dem Kultusminister wird es nicht anders gehen. Die bestehenden Klassen kümmern sich um solche Ermahnungen sehr wenig, namentlich dann nicht, wenn der Kultusminister in seinem Erlass selber sagt, daß eine ernsthafte Not an Stoffen nicht zu befürchten ist.

Aus der Schweiz.

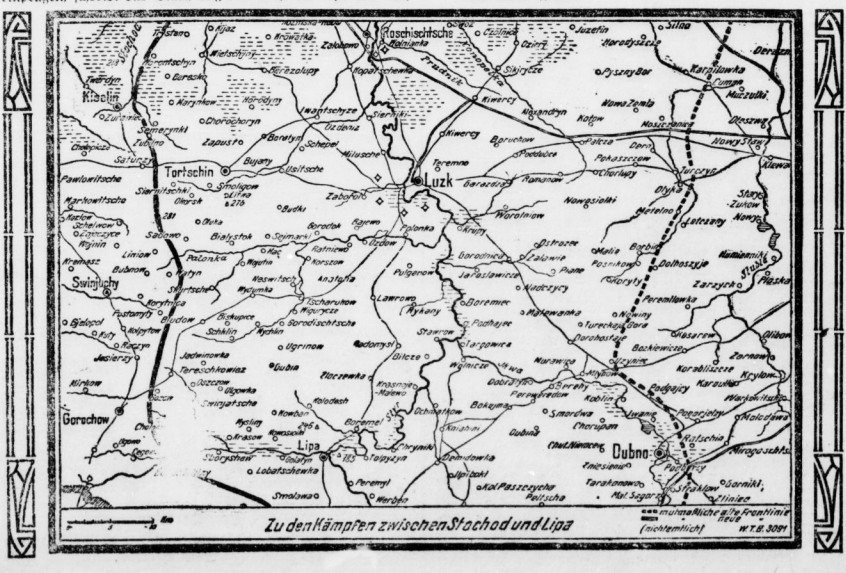
Das Schweizer Antiattributen auf Befestigung der Militärartillerie hat 1913/14 Interferenzen erhalten. Es hängt vom Bundesparlament ab, ob dem Gehehren durch Unterbrechung der Frage zur Volksbefragung Folge gegeben wird. Bei einem anderen Antiattributen auf Befestigung der Artillerie des Bundesrats hat der eidgenössische Ausschuss bis nach dem Kriege beschlossen, ebenso verfuhr das eidgenössische Parlament bei dem Begehren um Unterbrechung von Staatsverträgen unter das Referendum (die Volksabstimmung) und auf Verbot der Spielbanken. Die Zimmerwälder Richtung drängt allerdings darauf, daß diese Verhältnisse nicht einträte, die damit begründet wird, daß während des Krieges die Eintracht des Schweizervolkes nicht gefährdet werden soll.

Amstägliche Brot.

Günstiger Ernährungsstand.

In den Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt wird in eingehender Weise nachzuweisen versucht, daß der Ernährungsstand des deutschen Volkes als derartig günstig bezeichnet werden könne. Von Entbehrungen könne man nicht reden, höchstens von Einschränkungen. Diese Beschränkung führt man zu führen auf eine Einschränkung, die ein Vrat in einer weitestgehenden Zeitung veröffentlicht hat. Dieser Vrat erklärt, daß er an einem viele Tausende umfänglichen Beobachtungsmaterial aus allen Teilen der menschlichen Bevölkerung des Staats und Landkreises vom im vorerwähnten Alter irgendwelche Schädigungen der Gesundheit und Leistungsfähigkeit durch die Kriegsernährung nicht habe feststellen können und daß ihm ebensowenig abweichende Beobachtungen anderer Ärzte bekannt geworden seien. In den gleichen Ergebnissen sind, wie man aus allen den Erörterungen entnehmen kann, die den Gesundheitszustand der Schulkinde in verschiedenen Bezirken angeheilt wurden. Auch die — sehr geringen — Ziffern der allgemeinen und der Kindersterblichkeit zeigen keinen schädlichen Einfluß der Kriegszeit auf die Lebenskraft des Volkes. Weiter als alle Mortalitätskennzahlen zeigen diese Feststellungen, daß wir, auch wenn manche der zugehörigen Ursachen noch vorhanden und wirksam sind.

Es gerate denn und seine Umhebung als ein Gebiet angesehen werden darf, das als inwieweit für die Verhältnisse in Deutschland gelten kann, scheint doch recht zweifelhaft zu sein. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse eben doch ganz anders. Denn, wie wir nur wissen, daß in unserer Zeit, wie in jeder unruhigen, ganz zu schweigen von dem vorwiegend hausindustriellen Gegenden — und man wird bestatigt finden, daß Erwerbslose und Kinder in großer Zahl an Unterernährung leiden.



Zu den Kämpfen zwischen Stachod und Lipa

Es ist besser, die Zeitungen so zu geben wie sie sind, statt Bilder zu entwerfen, die in großem Widerspruch zur Wirklichkeit stehen.

Die Schweinepreise müssen höher werden!

Aus den Kreisen der Schweinezüchter schreibt man der Reichsregierung, daß die Preise der Schweine unbedeutend erhöht werden müßten, nur dann ließe die Gewinnlage geboten, daß künftig wieder das Interesse der kleinen Schweinezüchter bei der Erhöhung des Preises der großen Schweinezüchter bei man in Erwägung, denn nur dort fällt die Erhöhung der Preise wesentlich ins Gewicht.

Man muß die den Agrarern nahebedehnte Presse aufmerksam verfolgen, denn jetzt gibt die teuerste und wertvollste, daß angeblich alle Ansprüche der Verbraucher befriedigt werden können, wenn nur die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte entsprechend hoch gestellt werden. Im Zusammenhang damit stehen die von den Konsumvertrieben im Reichstage wiederholt gestellten Anfragen, aus Reichsmitteln Zuschüsse zu gewähren, damit die Spannung zwischen den festgesetzten Preisen und den von den Agrarern geforderten höheren Preisen aus Mitteln der Allgemeinheit geholt werden kann. Es ist natürlich nicht richtig, wenn dann behauptet wird, daß unter solchen Umständen der ganze Bedarf gedeckt werden könnte, diese Möglichkeit besteht allerdings nicht schon im Frieden vor Deutschland gerufen, allerdings unter sehr erschwerten Umständen, Fleisch und Vieh aus dem Ausland zu beziehen. Den landwirtschaftlichen Kreisen kommt es ganz offenbar darauf an, die Konsumkraft auszuweiten und für sich möglichst hohen Preis zu erzielen. Wenn es richtig wäre, daß mit hohen Preisen die Produktion steigt, dann würde es ja geradezu an Landesverteidigung grenzen, wenn die Landwirtschaft für die so dringend notwendige Steigerung der Produktion davon abhängig machen würde, daß ihr recht hohe Preise gezahlt werden.

Beschränkung der Zeit für Eierbeiben. Nach einer Verordnung des Reichsausschusses dürfen in Gafz, Schanzen- und Eisenwerkstätten in Vereinen und Erfindungsgruppen, die sich zum Zweck der Erfindung von Erfindungen bilden, die Zeit für Eierbeiben (Eier über oder unter) und Eisenarbeiten nur von 12 bis 4 Uhr (für den Mittagsstich) und von 7 bis 11 Uhr (für den Abendstich) betreiben und entgegenkommend werden.

Klagen der Kleinbändler.

Die im Zentralverband für Handel und Gewerbe zusammengekommenen Handelstreibenden führten am letzten Montag in Berlin stattgefundenen Arbeitstagung überaus heftige Klagen gegen die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft. Man beschloß folgende Erklärung:

Die Verammlung stellt mit Bedauern fest, daß viele der Grundbesitzer, die den Kleinhandel in dieser Arbeitszeit beinträchtigen, nicht hinreichend berücksichtigen können, daß aber der Kleinhandel bei den maßgebenden Arbeitstagen, insbesondere bei den Kriegszugangsarbeiten viel zu wenig Entschädigung findet, nach die vor nicht gebräuchlich wird und man sich seinen berechtigten Wünschen und Ansprüchen dauernd verschiebt.

In der Aussprache stellte ein Redner fest, daß nach dem Kriege der Hauptkampf den Konsumvertrieben gelten müßte.

Aus der Partei.

Dr. stimmten zur Reichskonferenz.

Au der von reichstagsbesitzenden Reichstagsmitgliedern empfohlenen Reichskonferenz äußern sich bisher nur folgende Parteimitglieder:

Frankfurter Tagespost, Nürnberg: „Was man vom Parteitag erwartet hat, daß er zur Sprengung der Partei führen könnte, ist von der Reichskonferenz nicht zu befürchten, wie man nicht ausfallen kann. Es kann nicht als Zwangsmaßnahme bestimmt, sie kann keine früheren Parteitagbeschlüsse aufheben, sie kann an dem Bau der Partei nicht rütteln, sie kann die Partei nicht in eine andere Richtung schieben, sie hat niemandem die Gewissensfrage vorzulegen, ob er infolge der geänderten Beschlüsse unserer Organisation nicht aussteigen sollte. Die Reichskonferenz kann Klagen und berechtigten Forderungen der Kleinbändler vereinigen und befriedigen, aufklären und stärken. Das ist eine große und schöne Aufgabe, die zu erleichtern und zu fördern als dringendstes Gebot der Stunde und als bedeutungsvolle Vorarbeit für einen späteren Parteitag von jedem Parteimitgliedern und jeder Parteigenossin betrachtet werden sollte.“

Leipziger Volkszeitung: „Was unter einer Konferenz der Parteioffizianten zu verstehen ist, wird der Ausführenden Kommando klar einzuordnen empfiehlt; bleibt im ungenügend. Wir erfahren nicht, wie die Konferenz zusammengesetzt sein soll, und über ihre Aufgabe hören wir nur, daß sie der fortgesetzten Arbeit der Reichskonferenz dienen soll. Das ist reichlich unbestimmt. Wie wir hören, wird der Parteivorstand erst nähere Vorschläge über die Besetzung und Zusammenlegung der Konferenz ausarbeiten und sie dem Parteiausschuss zur Begutachtung vorlegen, ob er seine Entscheidung trifft. Wir können indes nicht glauben, daß der Parteivorstand einen Rechts finden wird, der unter Bedenken gegen eine solche Konferenz zurücktreten könnte. Gegen sie gelten im allgemeinen dieselben Gründe wie gegen den Parteitag. Und dazu kommen noch andre. Das Recht der Partei, das Organisationsstatut fassen eine solche Veranstaltung nicht. Sie hat infolgedessen nicht das Recht, sich durch Beschlüsse zu verpflichten, und befindet sie es doch, wird das ein verbotener Versuch bleiben. Was soll aber eine Konferenz, was soll der Geld- und Zeit- und Kraftaufwand, wenn ein gleiches Ergebnis in Form gültiger Beschlüsse nicht möglich ist? Wir können nicht die Selbsttäuschung aufbringen, von einer bloßen Aussprache die Wirkung zu erwarten. Die Beschlüsse der Konferenz sind verbindlich und verbindlich werden würde. Das haben selbst unter Parteitag bei völlig freier und ungehindert Aussprache niemals gesagt: ihre Wirkung wäre vielmehr jedesmal darauf, daß sie in ungewisser Weise den Willen der Partei in erheblicher Weise feststellen. Das kann die Konferenz nicht tun, und es kann sie nicht tun, wenn sie nicht ein Parteitag ist. Wohl aber könnte sie dazu gebraucht werden, dem Parteivorstand das Scheitern einer Arbeit zu schaffen und ihn zu neuen Beschlüssen anzuregen. So könnte die Konferenz die Gefahr der Parteilassung vermeiden und verhindern. Die Opposition muß gegen den Plan der Reichskonferenz entschieden protestieren.“

Chemischer Volkstimm: „Es ist nunmehr abzuwarten, wie der Parteivorstand sich die Zusammenlegung einer derartigen Konferenz vorstellt, wann und wie sie tagen soll, und welche Fragen er ihr zur Entscheidung zu unterbreiten gedenkt. Wer sich allerdings der Erwartung hingibt, daß durch eine solche Konferenz die Lage sich wieder bessern werde, ist wohl zu bedauern, daß sich eine recht unangenehme Lösung der Dinge ergibt. Schon erklärt die Bremer Bürgerzeitung, daß sie nicht glaube, daß die Konferenz, die nichts anderes als ein erweitertes Parteitag sein könne, der verheißenen Besserung zu verhelfen vermöge. Das Bremer Blatt erklärt die Ursache der Parteilassung sei in der Politik vom 4. August zu erblicken und es versichert kurz und bündig: Nur das Aufgeben dieser Politik kann der Rettung entgegenwirken. Danach soll es solange keinen Parteitag geben, bis sich die Mehrheit selbst den Anforderungen der Mehrheit stellt. Auch von anderen Seite ist wiederholt erklärt worden, daß die reichstagsbesitzende Besetzung der Politik der Mehrheit der Partei einer heiligen Heiligung der Mehrheit entspreche, die unter keinen Umständen von dem Parteivorstand zu ändern sei. Das Bremer Wochenblatt beteuert, dem nach die Parteivorstand sei nicht so leicht so leicht zu ändern, und am Redakteur der Bremer Bürgerzeitung die Hauptmitarbeiter, erklärt in seiner Nummer 4 ganz offen: „Wir halten die Spaltung nicht nur für unerschicklich, sondern für eine Verbeugung der notwendigen Wiederherstellung der Internationalen Arbeiterbewegung. Wir mit den Vertretern jüngerer Generationen eine Veränderung herbeiführen werden kann, ganz gleich ob ein Parteitag tagt oder nur eine Reichskonferenz zusammenkommt, vermögen wir nicht zu ändern.“ Man wird abwarten müssen, wie sich bei dem Parteitag, nach dem die geplante Konferenz der Parteioffizianten stattfinden hat. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß der Parteivorstand die Einberufung mit größtmöglicher Beschleunigung in die Wege leitet, denn es muß versucht werden, von den Parteioffizianten zu retten, was noch einzuholen ist, und es ist zu hoffen, daß die Parteioffizianten nach der Besetzung des Parteitag in Gruppen gespart, mit entsprechenden Organisationen und leeren Kassen leistungsfähig den zu lösenden vielfachen Problemen gegenübersteht.“

Der Kampf in Telow-Beeston.

Am Sonntag fand im Berliner Gewerkschaftshaus eine vom Geschäftsführenden Ausschuss der Bezirksorganisation Groß-Berlin einberufene Generalversammlung für Telow-Beeston statt. Obwohl der Parteivorstand die Besetzung der Parteioffizianten aufzulösen, zur Beilegung der im Reich bestehenden Differenzen eine neue Generalversammlung einzuhalten, der alte Vorstand habe erklärt, daß man ihn noch als zu Recht bestehende Vorstand anerkennen solle, dazu aber hätte der geschäftsführende Ausschuss von Groß-Berlin kein Recht. Die Besetzung der Parteioffizianten wurde dem Parteivorstand überlassen, der Parteioffizianten wurde zur Sonderorganisation und zur Spaltung führte. Von der anderen Seite wurde zur Sonderorganisation getrieben. Als Beweis hierfür verliest er ein Schreiben von Groer, in dem die Gefinnungsfreunde des alten Vorstandes aufgefordert werden, in dem einen oder anderen Sinne, oder bei dem Parteivorstand, um zu einer neuen Generalversammlung Stellung zu nehmen, die der alte Vorstand zum 30. Juli einberufen hat.

Nach den Bestimmungen der Mandatsprüfungskommission waren auf die Generalversammlung 100 Delegierte aus 27 Orten anzuweisen, die nach dem Verzeichnis vom Parteitag festgestellten Mitgliedslisten, die am 30. Juli in die Liste der Vertreter. Dagegen waren 24 Orte mit etwa 3000 Mitgliedern unterzogen. In einer Anzahl dieser 24 Orte befinden sich keine Ortsvereine mehr.

Dann wurde die Delegiertenmandate für Rätevereine und Parteivorstand für gültig erklärt, wobei von Vertretern dieser Orte ausgesprochen worden war, die Parteivorstand habe nur ein wirksames Abwehrmittel gegen die Gewaltspolitik des Parteivorstandes sein sollen, der Parteivorstand aber nicht, daß der Ortsverein kein Recht habe, die Besetzung der Parteioffizianten abzuhängen, was der Parteivorstand nicht anerkennen will. Man war der Parteioffizianten gewandt, unter denen sich Dr. Meyer-Staß, Wähe-Dumler, Pöck und Wölsch befinden, die in der Parteioffizianten delegiert wurde, befinden. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, die bisherigen Angehörigen des Reiches, die Genossen Wagner und Groer, sofort zu entlassen, dem Parteivorstand die Besetzung der Parteioffizianten zu übertragen.

Der alte, bisherige Vorstand aber sagt sich nicht. Er erklärt in einer Aufsicht in dem Vorwärts, daß der Parteivorstand von Groß-Berlin zur Einberufung der Generalversammlung vom 28. Juli seinen Auftrag von ihm abhandelt und daß deswegen die Besetzung der Parteioffizianten durch die Mitglieder des Reichsausschusses nicht verbindlich bleibt. Der Parteivorstand habe am 4. Juli entschieden, daß der alte Parteivorstand zu Recht bestehe. Die Mitglieder des Reiches, die auf dem Boden der alten Organisation standen, würden Gelegenheit haben, ihre Beiträge nach wie vor zu zahlen und sich nicht abzusetzen, in der Besetzung der Parteioffizianten würde eine lautenemäßig zusammengesetzte Generalversammlung stattfinden.

Von der Parteipresse.

Die Kontrollkommission der Reichskonferenz für das Großberliner Gebiet hat am 2. August in Berlin eine Sitzung abgehalten, an der folgende Grundfragen im Mittelpunkt standen:

„Die Kontrollkommission hat es für selbstverständlich gehalten, daß der politische Teil der Reichskonferenz nach wie vor nach den Grundlinien des Parteiprogramms und nach den Bestimmungen der nationalen und internationalen Kontrakte zu verhalten ist. Jeder Verstoß gegen diese Grundlinien würde die Kontrollkommission entgegenzutreten. Die Redaktion wolle dort, wo es möglich ist, diesen Standpunkt herausstellen. Da aber der Belagerungszustand und die Verschiebung der Herausforderung dieses grundsätzlichen Standpunktes bei vielen politischen Fragen dieses erklären, werden nicht nur möglich machen, erklärt die Kontrollkommission, daß die Genossen im Großberliner Gebiet darauf Rücksicht nehmen. In den gegenwärtigen Meinungsäußerungen in der Partei Stellung nehmend, ist die Kontrollkommission der Ansicht, daß eine Vorwarnung für die Fortsetzung der Politik vom 4. August 1914 nicht mehr gegeben ist. Da aber die Redaktion der Parteipresse diesen Standpunkt nicht vertreten hat, liegt keine Veranlassung zu einer Beurteilung der Redaktion vor. Galt es jedoch die Redaktion für angebracht, polemisch in den Parteipresse einzugreifen, dann kann es nur nach den Grundlinien des Parteiprogramms und in nichtverbindlicher Weise gegen Andersdenkende geschehen. Die Redaktion der Parteipresse hat nach wie vor keine Partei, daß trotz aller Meinungsäußerungen die Einheit der Partei gewahrt wird.“

Die amerikanischen Wahlen.

Die Zeit naht, da die Amerikaner über Wilsons Politik zu urteilen und sich ein neues Staatsoberhaupt zu geben haben. Der Verlauf der deutsch-amerikanischen Verhandlungen hat die gewaltige Bedeutung der Entscheidungen der Washingtoner Regierung im letzten Präsidentenwahlkampf. Die Parteipolitiken haben nicht mehr inneramerikanische Angelegenheit und für uns eine hohe Tagesangelegenheit; sie sind ein weltpolitisches Ereignis und für uns so wichtig wie ein Generalstabsbericht über einen großen Tag.

Auch in den Vereinigten Staaten treten die innerpolitischen Wahlfragen in den Vordergrund gegen die Erwartungen, die die beiden Kandidaten, der Demokrat Wilson und der Republikaner Hughes, für die Führung der auswärtigen Politik erwidern. Die Zeiten sind vorbei, da Wilson seine berühmte Doktrin aufstellte, die da lautet, daß die europäischen Kämpfe nicht in Nord- und Südamerika zu führen haben und zweitens, daß sich die Vereinigten Staaten auch nicht in europäische Kämpfe mischen wollten. In dem ersten Teil der These wird zwar festgehalten, am zweiten nicht. Aus der Dokumentation ist ein auf den Weltfrieden angewandtes Volk geworden, das von dem Aussehen des Krieges so tief berührt wird, wie von dem einzigen Weltkrieg. In dem Programm der beiden Parteien tritt immer der Gedanke wieder, die Vereinigten Staaten müßten zur Wahrung ihres Standpunktes militärisch tätig sein. Dazu gehören „preparative“, vereinfachte, schlagfertige, natürlich zuerst militärische Bereitschaft im engeren Sinne, also eine kleine Flotte und ein Heer, das nach Zahl und Ausrüstung zur Abwehr jedes feindlichen Einbruchs bereit ist. Dann aber auch soziale Bereitschaft, Willen und moralische Kraft, das Wohl des Landes gegen jeden drohenden Feind mit allen Mitteln zu verteidigen. Und da liegt der Haken im Pfeffer.

Wilson und sein Anhänger sind empört über das Verhalten der Deutsch-Amerikaner (Widerstands-Amerikaner), die die Unabhängigkeit aus alle Vaterland angeblich nicht mit ihren Pflichten gegen das neue Vaterland zu vereinen wissen, fremden Einflüssen gehorchen und ein föderales Element sind. Darum ist die Haltung der Wilsonianer im fremden Staatshaus verwerflich. Sie rechnen dabei auf Sympathien jener Amerikaner, die mit Wilsons in den auswärtigen Politik immer ein ausübender Fremden sehen und davon eine Gefahr für das Staatswohl, die bürgerliche Kraft und die Kultur der Nordamerikaner fürchten. Wilson hat dem Kongress ein schäbliches Gesetz gegen Antirepublikanismus im Senat durchzusetzen lassen und die demokratische Plattform freit Peter und Nordio gegen „Verhöhnungen“.

Die Deutsch-Amerikaner wählen lieber den Teufel als Wilson. Dieser ist zu einfach, jeder könne ein „deutsches“ Element einbringen. Anders sieht es bei den Wilsonianern aus, die zwar auch in den amerikanischen Patriotismus schwärmen, ohne aber damit Anfälle gegen die Widerstands-Amerikaner zu verbinden. Seine eigentliche Stellung bleibt aber unklar, da Roosevelt, der mit seiner progressivistischen Partei immer durch die ihm fröhliche Unterstützung angeht, hat. Roosevelt ist bestrebt, gegen Antirepublikanismus in fremden Staaten zu wirken.

Die sozialpolitischen Wünsche kommen im Vorn der großen Politik zu seiner rechten Weltung. Wichtig ist auch für Europa die Gestaltung der amerikanischen Handelspolitik. Die für sehr zahlreiche deutsche Gewerbe, z. B. die Flanzen-Exporten, aber die thüringische Metallwaren aber die gesamte Industrie von großer Bedeutung ist. Die Reichsanlagen sind gegen ihren Lebensinteresse sehr schmerzhaft, die Demokraten wollen den Egoismus der großen Antirepublikanismus nicht vertreiben, sind aber gegen den Schleierüberwerb, das dumping, des Auslandes. Inner dieser zweifelhaften Formel ist ein gewisses Maß an sozialpolitischer Tendenz wohl durchschauung.

Gewerkschaftliches.

Die Reichskonferenz der Textilarbeiter.

Am Sonntag, den 23. Juli, fand im Café Schürzenhaus in Rumburg eine Reichskonferenz der Textilarbeiter und der Arbeiter der Textilindustrie in der Provinz. Es waren 155 Teilnehmer anwesend. Sie trafen sich zum ersten Mal in der Geschichte der folgenden Organisationen: Deutscher Textilarbeiter-Verband, Gewerkschaft der Textilarbeiter (Hilfs-Macherverband), Schneiderverband, Hutmacherverband und Schuhmacherverband. Zweck der Konferenz war die Aufklärung der Lage, die sich an der Spitze der durch die Reichskonferenz von Reichstagen und Arbeitsbeschaffung in ihrem Verhältnis beinträchtigen Arbeiterkategorien gezeigt haben, und die Aufklärung von Forderungen zwecks Erhöhung der Löhne.

Referenten waren der Reichsausschussvorsitzende J. A. Berlin und der Generalsekretär Reichelt-Sprenger. Sie gingen mit der heutigen recht unvollkommenen Rücklage der arbeitenden Textilarbeiter sehr ins Gericht und rügten vor allem deren Inaktivität und den ihr anhaftenden Fehler der Ineffektivität, wie auch das öffentliche Verhalten der Arbeiter, die sich an der unteren Verwaltungsklassen die Unterstützung möglichst zu erfahren. Es wurde der Grundhalt aufgestellt, daß die Arbeiter, welche durch Kriegsmassnahmen vertrieben werden, ein unerträgliches Recht auf Unterstützung aus Staats- und Reichsmitteln haben.

Die Referate wurden in der Diskussion von den Rednern der beschiedenen Berufsorganisationen wirksam erwidert und so dann eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen. Das auch einleitende Reichsamt des Innern hat kein Versehen von der Konferenz mit dienlicher Verbindlichkeit entgegen. Die Konferenz, von dem nicht erlaubt, bediente aber das Entschuldigungs schreiben doch als ein Zeichen der nichtbesprochenen „Neuorientierung“.

In der anonymen Entschliessung wird u. a. gefordert: Die Konferenz ist der Ansicht, daß Reichsamt des Innern die Mittel für die Rückgabe der in den Fabriken abgebauten Coper des Krieges sind. ... In diesem Grunde bedauert es die Reichskonferenz außerordentlich, daß durch den Verlust des Bundesrats vom 13. April 1916 eine bedeutende Verhinderung der Rückführung der Coper der Unterführung eingetreten ist. Die Konferenz, von dem nicht erlaubt, bediente aber das Entschuldigungs schreiben doch als ein Zeichen der nichtbesprochenen „Neuorientierung“.

Die Reichskonferenz erhebt aber auch energischen Widerspruch gegen den in der Besetzung des Bundesratsbeschlusses ent-

Onne Bezugsschein bis 1. August kommen meine sämtlichen, aussergewöhnlich grossen Vorräte in Damen- und Kinder-Konfektion — Jackenkleidern — Blusen — Rücken — Mänteln aus seidenen und halbsedenen Stoffen — Samt-Kleidern — Unterröcken — schwarzen Frauenmänteln — Regenmänteln — Kinder-Kleidern und -Mänteln etc. für Sommer und Winter noch zu sehr vorteilhaften Preisen zum Verkauf.

Verlangen Sie bei Ihren sämtlichen Einkäufen
::: Marken des Rabalt-Spar-Vereins. :::

Kalten Vorwurf, daß arbeitslose Textilarbeiter und arbeitslosen Frauen, Arbeit annehmen, um Unterbringung zu finden. Tatsächlich sind Beweise nicht zu erbringen, daß Arbeiter und Arbeiterinnen den Grundätzen der Forderung entsprechende Arbeit nicht angenommen haben. Die Beschäftigung arbeitsloser Textilarbeiter und Arbeiterinnen in anderen Industriezweigen, auch außerhalb ihres Wohnortes und in der Landwirtschaft und Viehzucht genau für das Gegenteil. Mit der Beschäftigung in der Landwirtschaft ist die Reichsfinanzverwaltung für solche Arbeiterinnen einverstanden, die dazu geeignet sind und schon früher in der Landwirtschaft gearbeitet haben. Allerdings unter der Voraussetzung einer tüchtigen, hygienischen und moralisch einwandfreien Unterbringung und anständiger Behandlung und entsprechender Erziehung unter Gewährung eines bestimmten Regelsatzes der gebührenden Unterweisung.

Die Reichsfinanzverwaltung fordert nun aus diesen Erwägungen heraus:

1. eine den arbeitslosen Lebensverhältnissen entsprechende allgemeine Erhöhung der Unterbringungsätze;
2. Befreiung von Abordnungen der Reichsfinanzverwaltung auf die Textilarbeiter-Fürsorge, ebenso kleiner Stenzen und dergleichen;
3. eine gezielte, auf die Arbeiterinteressen mehr als bisher rücksichtnehmende Handhabung aller in Sachen der Textilarbeiter-Fürsorge erlassenen Vorschriften.

Aus der Provinz.

Kranke Kartoffeln.

Der Landrat des Landkreises Hannover macht bekannt: Neuerdings ist in verschiedenen Feldmarken beobachtet, daß viele Kartoffelstauden ein auffallend krankhaftes Aussehen zeigen. Dieses äußert sich darin, daß die einzelnen Blätter sich zunächst nach innen umlegen und ein mildes Aussehen zeigen. Beim Umlagen der Stauden geben sie nach und werden unmittelbar über dem Erdboden ab. Andre Stauden, bei denen die Krankheit weiter vorgeschritten war, zeigten ein gelbes, verwelktes Aussehen. Es handelt sich um die sog. Krautfleckenkrankheit. Eine Bekämpfung ist zurzeit unmöglich, dagegen kann im nächsten Jahre gegen das Auftreten der Krankheit dadurch Vorkehrung getroffen werden, daß nur bestes, gut ausgeglichenes Saatgut von gesunden Stöcken verwendet wird. Das Saatgut für das nächste Jahr ist deshalb nur von durchaus gesunden Feldern zu nehmen. Ist dies nicht möglich, sind auch dem eigenen Felde die kranken und schwachen Stauden vor Beginn der Raubverfrachtung zu besichtigen, für sich zu roben und keinesfalls als Saatgut zu verwenden. Ferner ist noch zu erwähen, daß nach den bisherigen Erfahrungen die Düngung mit Superphosphat die Kartoffel gegen die Krankheitsübertragungsfähigkeit zu machen scheint.

Das regelmäßige Verhalten der Gemüsebeete trägt wesentlich zur guten Entfaltung der Gemüse bei. Es ist besonders notwendig, wenn heftige Regen den Boden festgeschlagen haben, dann wenn viel Insektenschwärmel die Beete von oben her befallen. Die Lösung der Oberfläche bewirkt eine bessere Durchlüftung des Bodens, die ja auch notwendig für das Pflanzenwachstum ist. Außerdem erhöht sie die Wasserhaltbarkeit des Bodens, denn bei heftigen Regenfällen wird der Boden durch Regen und Wasser nicht abgetragen. Bei Regenwässern ist leichtes Behackeln anzuraten. Die Wägenarten und Wurzelgemüse, besonders die Kartoffeln, verlangen heftiges Behacken. Sie werden nicht umsonst Hackfrüchte genannt.

Merseburg. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß u. a., daß während der Ferienzeit für die Kinder der hiesigen Schulen an zwei Nachmittagen der Woche Turn- und

Spiellübungen sowie Ausflüge stattfinden sollen. Die hierzu entstehenden geringen Kosten übernimmt die Stadt. Durch diese Einrichtung wird den Kriegerrfrauen die Sorge für ihre Kinder wesentlich an einigen Tagen der Woche abgenommen. Von der Auffüllung und Auslegung der Liste der stimmungsbereiten Bürger für das Jahr 1916 wird aus Anlaß des Krieges Abstand genommen. Die Rechte der zu den Wahlen einderufenen Stimmfähigen erfahren keine Beeinträchtigung. Bei der künftigen Sparralle überlegen sie letzten halben Jahre die Beschreibungen bis Einlagen um 212 418 Mark, während die Gesamtanlagen für 14 854 513 Mark belaufen, das sind 78 986 Mark weniger wie im Vorjahre.

— Mit 200 Gramm Fleisch und Fleischwaren (aus dem Stopf der Weidwörter) müssen sich auch in der laufenden Woche die Einwohner von Merseburg wieder begnügen.

Wissen. Eingebracht wurde in der Nacht zum Sonntag auf der hiesigen Windmühle. Sämtliche Treibwaren im Werte von 1000 Mk. wurden entwendet. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Helba. Ilberfahren und getötet wurde am Montag vormittag auf dem generalfeldhiesigen Bahnhof Hochstiege der frühere Dachdecker Mlle von Helba. Der Verunglückte wollte einen umhergehenden Fuhrwerk aussteigen und sprang in eine Weiche, wo er mit dem Waggon hingelenk. In diesem Augenblicke nahte ein Zug, von dem er erfaßt und in ein Schindelfeld mitgeschleudert wurde. Er wurde durch den Waggon und die Schwellenbeide zertrümmert. Der Tod trat sofort ein.

Arten. Die Kriegskasse wird am 31. Juli mit der ersten Ausgabe von Renten eröffnet. Jeder Gemeldete erhält am Freitag eine Legitimationskarte und kann jeden Wochenanfang von 11 bis 12 1/2 Uhr in der Guten Quelle Essen erhalten. Neuanmeldungen können zu jeder Zeit erfolgen.

Reinsdorf. Jugendlicher Dieb. Der aus Halle gebürtige 16jährige Anwalt Walter Wagner stahl seinem Schulfreunde, dem 16jährigen Schiefer Köhler beim Mitbringselbesitzer und Antiquarbesitzer Kaufmann hier, die sämtlichen Nachschlüssel, Zettel, Meißel und Papier. Durch zwei Wochen lang er die gestohlenen Sachen an den Wohnort in Artern fahren, von wo aus er die Meißel nach Halle angetrieben hat.

Wüdenberg. Gemitter und erhebliche Regenfälle gingen am Montag über Wüdenberg und Umgegend nieder. Bei dem ersten Gemitter um Mittag schlug der Hagel in das Wohnhaus des Bauers Blochwitz, zertrümmerte den Schornstein und zerstörte die elektrischen Leitungen, zum Glück ohne zu schaden. Die Sturmschiffe sind völlig durcheinander und die Kartoffeln in den tieferen Lagen leiden stark unter der Nässe. Das Regenwetter hört nicht auf! Sehr gut Redemeyer unserer Landleute. Schon viel Korn steht in Büppeln und harzt der Einfahrt, die bei dem ständigen Regenwetter zur Unmöglichkeit wird. Teilweise ist bereits eingefahren, doch regnet sich das Korn nicht immer zum Dreschen, da es noch feucht ist.

Wittenberg. Zurückweisung einer Verdächtigen. Die Neue Berliner Zeitung hat Aussagen englischer Militärärzte veröffentlicht, die sich auf Vernehmungen im Wittenberger Gefangenlager beziehen. Daß dort einige Zeit hindurch Mangel bestanden haben, scheint richtig zu sein. Die Militärärzte behaupten, daß in einem gewissen Umfang auch zugegeben und es dürfte über diese Dinge noch nicht das letzte Wort gesagt sein. Die Sturmschiffe sind völlig durcheinander und die Kartoffeln in den tieferen Lagen leiden stark unter der Nässe. Das Regenwetter hört nicht auf! Sehr gut Redemeyer unserer Landleute. Schon viel Korn steht in Büppeln und harzt der Einfahrt, die bei dem ständigen Regenwetter zur Unmöglichkeit wird. Teilweise ist bereits eingefahren, doch regnet sich das Korn nicht immer zum Dreschen, da es noch feucht ist.

Weißenfels. Bei Ausführung seines Berufes wurde der Maurer Theodor Kieß aus Orlan durch einen umfingenden Zapfen des Friedhofes Töben er schlagen.

Merke!

Und immer wieder verdorbene Lebensmittel!
Ein Leber des Kräft. Volkstrod, erhielt unterm 20. Juli wirklich folgendes Angebot einer Würzburger Firma:
Butter für Fische und Hühner.
Geflügelkäse für Hühner.
Verdorbene Käse 50 Kilogr. 30 Mk.
ab 1/2 Kg. gegen Nachn. oder Vereinfachung.
Käsefälle sind zurzeit das Beste, was für Hühner u. Fische gefüttert werden kann. Ich habe in Sa. nur ca. 3 Hüh. abzugeben und bitte um Ihren umgehenden Bescheid. (Hofst. Firma).

In einer Zeit, wo sich die Menschen hauptsächlich um ein Stückchen Brot drängen, verbietet dieses Nahrungsmitel gernerweise. Wo und wie lange muß diese Ware zurückgehalten werden sein, bis sie zur Menschenernährung unbrauchbar wurde?

Brate Tat eines französischen Gefangenen.

Vor wenigen Tagen ist in dem hiesigen Schwarzwalddistrikt das La G. R. eine lobenswerte Tat vollbracht worden. Wie lesen darüber in einer Zeitschrift: „Das La G. R. 22. Juli. Beim Spielen auf Baumstämmen, die im Weiler eines Gewässers lagen, fielen mehrere Kinder in das Wasser. Alle konnten sich retten bis auf ein siebenjähriges Mädchen, das unter einem Stamm geriet. Auf die Hilfe riefte ein im Elternort der Firma B. G. R. befindlicher Gefangener, er trat sofort durch den Stamm den Baumstamm und eilte zur Unfallstelle, wo es ihm gelang, das in Lebensgefahr schwebende Kind zu bergen.“

Wie solchen Nachrichten pflegt die deutsche bürgerliche Presse stets einige besondere Worte dem braven Manne, der ein Kind von dem Ertrinken rettete, hinzuzufügen, um ihn der Verdankung würdiger zu machen. Er hat sich um empfinden. Hier finden wir kein Wort davon. Es handelt sich ja auch nur um einen Franzosen!

Zwei Personen ertranken. In Duisburg schlug auf dem Rhein ein Kahn mit fünf Insassen bei starker Strömung um. Alle fünf ertranken.

Ein russischer Ofen brennt. Stockholms Tidningen meldet, daß Raumo in Finnland, jetzt Rußlands Hauptstadt, ein Ofen brenne. Die großen Gewächse, die größten und modernsten im ganzen Norden, seien bereits abgebrannt.

Bestrafter Milchfälscher. Das Schöffengericht in Pirna a. S. beurteilte den Landwirt Lehmann aus Dröppeln, der seiner Milch das Verfaltschwarz in Wasser zugesetzt hatte, auf vier Monaten Gefängnis und 1200 Mk. Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

H. R. Wörmeler Straße. Sie erhalten die gewünschte Auskunft beim Nationalen Frauenverein Halle, Burgstraße.

Für Rheumatiker und Arterienleider.

Ein Trost für Kranke.

Der Dr. Müller, Hannover, schreibt: „Ende Oktober fing bei mir Rheumatismus in den Füßen an und verbreitete sich nach und nach über Beine, Arme und Hände. Ich nahm ärztliche Hilfe in Anspruch, aber vergebens. Was ich seitdem an Quacksalberei versuchte, glaubt kein Mensch. Weidmanns los ich in der Zeitung von Wegoll, und wie ich hoffte, brachte es mich vollen Erfolg. Am dritten Tage fing mein Rheumatismus an im Arterien zu wandern. Am vierten Tage waren meine Füße schon vollständig frei von Schmerzen und so wurde es immer better. Ebenso wie Herr Müller, benötigen viele Hunderte die rasche und sichere Wirkung des Total bei Rheumatismus, Schicks, Gelenks-, Licht, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, bei allen Arten von Nerven- und Kopfschmerzen und dergl. Es wird garantiert, daß es hilft und es ist infolgedessen in 100000 Zigaretten und zu billigem Preise in jeder Apotheke erhältlich.“

Walhalla-Theater 1/9 Uhr.
Donnerstag letzte Aufführung: 1463
„Sohn Schwindelkind.“
Freitag zum 1. Mal
Operetten-Neuheit: „Die Indische Nachtigall“.

3 Könige Variete, Kl. Klausstr. 7.
Heute Programmwechsel! 3
Neuer Einakter: „Balazzo und Gulubine“.
Militär Eintritt frei. 1490

Konzerthaus Altenburger Hof Eingang Rutschgasse.
1461 Täglich
Grosses Konzert der beliebten Schneldige Mädels
Um regen Zuspruch bittet Frau F. Kampe.

Pfälzer Schiessgraben 1461
Täglich: Gr. Frei-Konzert.
Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

Dhne Zucker!
Rezepte zum Einkochen von Früchten
ohne Einkoch-Apparat und ohne Zucker,
sowie die besten
Rezepte zum Einkochen von Gemüse.
Preis 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Salle a. d. S., Harz 42/44.

Täglich ausverkaufte Häuser!
Nur noch bis Donnerstag!
Kolossal Erfolg!
Passage-Theater der Handwerksvereine.
Vorführung: 420, 700 u. 930
Theater Schubpalast Pinkus.
Leipzigstraße 88. Vorführung: 58 u. 69.
Nur frühes Kommen sichert Platz!

Wegen Ausgabe des Artikels:
Kassen-Rollen
15 Pfg. die Rolle.
Emil Bald & Co., Halle a. d. S.,
Papierwaren-Fabrik.

Zahnpraxis H. Zimmermann.
Sprechstunden bis auf weiteres: 1442
Wochentags von 9 bis 12 Uhr.

Seifen
zur Wäsche,
so lange noch Vorrat reicht.
Gute
Toilettenseife
50 und 55 Pfennige
gegen Verwahrung d. L. Scheines.
F. Beerholdt,
Anhaber Ernst Viehweg,
Kolonialwaren,
Bechershof 8, dicht am Markt.
4472 Fernruf 1040.

Lederhandlung F. Noah,
1156 Gr. Klausstrasse 7.
St. d. h. a. c. h. - Bedarfsartikel.

Strickwolle und Lumpen
kauft Königsberg 5,
Tel. 2408.

A. Rein,
Fragen
der weiblichen Berufswahl.
Ein Buch
für Töchter und Eltern
von
Nelly Wolheim.
Preis 1.20 Mk.
Sie beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Salle a. d. S., Harz 42/44.

Selbe f. Wiederverkäufer
in Schreiben mit Eigeln, vorläufig A.
Kopie. Probepack. enth. 12 Pfg.
144. Gr. Klausstr. 7, 2. O. W. 930
Mengen billiger. Friedensware.
Gebauer & Schmidt, Leipzig,
Körnerstraße 26. 4468

Lumpen, Knochen, Eisen,
1157 Metalle, Gummi tanft
Albert Bode jun., Anst. 22.
Große

Billige Blusen!
Geiststrasse 28.
Nur noch kurze Zeit! 1390

Sommer-Ausgabe 1916
der
Harzklub-Routenkarte.
Wanderwege, Fahrtrassen,
Eisenbahnen u. Kraftwagen-Linien
mit ihren Fahrplänen im Harz.
Preis 30 Pfg.
Volksbuchhandlung
Salle (Saale), Harz 42/44.

Seife
können Sie Dauerwische, Marke
Waschbürste, jederzeit durch Ab-
spülen in kaltem Wasser lauber
halten. Verkauf: St. Berlin 2,
1 Treppe, Ecke Sternstraße.

Arbeitsmarkt
„Geschirrführer“
Stellt sofort ein 473
Friedrich Jesau, Dehara-
straße.
Eingute aus 474
Rocksneider
stellen ein
Schwarz & Tillig.
Möbeltransporte führt
Albert Zimmermann, Mühlberg 10,
a. d. St. Harzstr. 2911, 1159

Zoo!
Donnerstag, den 27. Juli 1916,
nachmittags 4 Uhr:
abends 7 1/2 Uhr:
1462

Konzert
vom
Stadttheater-Orchester
Leitung:
Kapellmeister K. Nöhren.
Eintrittspreis:
Erwachsene 40 Pf., von 7 Uhr
ab 80 Pf., Kinder 20 Pf.

Familien-Nachrichten.

471
Pflüchlich und unerwartet er-
halten wir die literarische
Nachricht, daß am 17. Juli 1916
mein innigstgeliebter Mann,
meiner vier Kinder treuherziger,
herzensguter Vater, Gdln,
Bruder und Schwager, der
Widerrmann.

Wilhelm Strohkorb,
Anb. d. Eiferschen Strasse 2, 54.
im Alter von 98 Jahren, den
Heldentod des Vaterlandes er-
litten hat.
Betersrode d. 25. Juli 1916.
In tiefer Trauer:
Frau Marie Strohkorb
geb. Trautwein, nebst Kindern
und allen Angehörigen.
Dem Auge fern,
Dem Herzen ewig nah.

Dank. 1459
Für die vielen Bemühungen
Hilfswörter bei dem schweren Ver-
lust um, teilen Sie mitteilen, lagen
mir auf die besten Wege für die über-
aus reichen Spenden der Sa.
Weggen u. Hübner, sowie deren
Hilf. Hausbesitzerinnen u. allen hier,
Freunden u. Bekannten, insbeson-
dere Frau. Wdler Kindererzieher für
seine tröstliche Worte am Grabe u.
leinen lieb. Mitarbeiter für das
Tragen zur letzten Ruhestätte, un-
tereren würdigen Dank.
Halle a. d. S., den 26. Juli 1916.
Blumenstraße 50.
Die tieftrauernde Witwe Johanna
Schubert n. Kindern u. a. l. Angeh.

